Morgen-Ausgabe
No. 417 — 57. Jahrgang

Berliner Volks-Zeitung

Erstes Beiblatt
Dienstag, 7. September 1909

Delegiertentag Deutscher Baugewerksmeister.

Schwerin, 6. September.

(Telegraphischer Bericht.)

Der 24. Delegiertentag des Innungsverbandes deutscher Baugewerksmeister trat heute unter starker Beteiligung von Delegierten aus ganz Deutschland im großen Saale der Tonhalle zusammen. Nach den üblichen Begrüßungsansprachen und der Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten sprach königlicher Baurat Enke (Leipzig) über das vom Reichstag jüngst verabschiedete Reichsgesetz betreffend die

Sicherung der Bauforderungen.

Er faßte seine Ausführungen in folgender Resolution zusammen, die der Delegiertentag einstimmig annahm:

„Der Delegiertentag des Innungsverbandes deutscher Baugewerksmeister spricht den verbündeten Regierungen Dank für den Erlaß des Gesetzes über die Sicherung der Bauforderungen aus. Der erste Abschnitt, der die allgemeinen Sicherungsmaßregeln enthält, findet die volle Zustimmung des Delegiertentages. Er erblickt bereits hierin ein wichtiges Mittel zur Beseitigung vorhandener Mißstände. Der zweite Abschnitt enthält die dringliche Sicherung. Er hat zwar durch den Reichstag eine schärfere Fassung erhalten, als im Entwurf vorgesehen war, gleichwohl ist die Einführung der dringlichen Sicherung überall da zu empfehlen, wo erhebliche Mißstände sich zeigen. Der Innungsverband erwartet von seinen Unterverbänden und Einzelinnungen, daß sie je nach den vorliegenden Verhältnissen die Landesregierungen um ungesäumte Einführung beziehungsweise Nichteinführung der dringlichen Sicherheit ersuchen. Da die lokalen Verhältnisse im Reiche sehr verschiedenartig sind, und weil in vielen, insbesondere in kleineren Gemeinden der Bauschwindel bisher unbekannt war, und angesichts des bedeutenden Eingriffes in bestehende Verhältnisse muß von einer allgemeinen Einführung abgesehen werden. Der Innungsverband bittet die hohen Landesregierungen, bei Einführung des zweiten Teils die Landesverbände oder beteiligten Innungen vorher mit zu hören."

Zimmermeister Riese (Braunschweig) erörterte die Stellungnahme des Verbandes zu den wichtigsten, von der Reichstagskommission vorgeschlagenen

Aenderungen der Gewerbeordnung.

Insbesondere äußerte er sich über die beabsichtigte Errichtung ständiger Arbeiterausschüsse in den Betrieben, die er verwirft. Der Verbandstag schloß sich folgender Resolution, die die Forderungen des Referenten zusammenschloß, einstimmig an:

„Der Delegiertentag erklärt bezüglich der Abänderung der Gewerbeordnung, daß der Fortfall der Lohnzahlungsbücher für jugendliche Arbeiter in seinen Kreisen keinem Widerspruch begegnet, daß ferner die Vorschrift der Abrechnung durch Lohnbücher, Lohnzettel oder Lohndaten im Interesse der Ordnung erwünscht und im Baugewerbe bereits seit langem in solchem Umfange in Uebung ist, daß diese Vorschrift bei den Baugewerksmeistern keine Aenderung in der bisherigen Praxis hervorrufen wird. Es erscheint jedoch bedenklich, diese Bestimmung schematisch und ohne Rücksicht darauf, daß zwischen den weit einheitlicheren Arbeitsbedingungen in Fabrikbetrieben und denen in Baubetrieben große Unterschiede bestehen. Die Baubetriebe arbeiten mit stets wechselnder Arbeiterschaft und außerdem in einer vielfachen Zahl von Betrieben. Es würde sich auch bezüglich der Vorschrift der Zahlung des Lohnes innerhalb der Arbeitszeit empfehlen, es bei der bisherigen Uebung zu belassen, nach der die Lohnzahlung eine halbe Stunde nach Arbeitsschluß beendet sein muß, anderen Falles die Wartezeit zu vergüten ist. Bezüglich der Bestimmung des § 134ga erklärt der Innungsverband, daß die vorgeschlagene Aenderung des Gesetzes betreffend die Einführung von Arbeiterausschüssen in Betrieben unausführbar ist. Sollte durch Annahme der Gesetzänderung diese Einführung dennoch erzwungen werden, würde sie wirkungslos sein, weil das Baugewerbe sich im wesentlichen auf den Betrieb in den warmen Monaten beschränkt, weil die Arbeiterzahl täglich einem Wechsel unterworfen ist und weil schließlich der Betrieb des Baugewerbes gleichzeitig an vielen, in der Zeit wechselnden Betriebsstellen erfolgt. Daraus folgt die Notwendigkeit, die Bestimmungen des § 134ga für das Baugewerbe nicht in Geltung treten zu lassen. Der Verbandstag ersucht Reichsregierung und Bundesrat, diesen Abänderungsanträgen der Reichstagskommission keine Folge zu geben."

Im weiteren Verlauf der heutigen Tagung beschäftigte sich der Verbandstag deutscher Baugewerksmeister lediglich mit internen Fachangelegenheiten, so vor allem mit der Frage einer größeren Verwendung des Holzes zu Bauzwecken.

Am Dienstag werden die Verhandlungen des Verbandstages zu Ende geführt werden.

Lokales

Was der grüne Tisch verbraucht.

Der Schreibapparat im Roten Hause.

Alljährlich erscheint unter den Verwaltungsprotokollen des Berliner Magistrats der Bericht der Deputation zur Beschaffung der Schreibmaterialien. Er wirft auf den bureaukratischen Verwaltungsapparat und die gewaltigen Mengen Tinte und Papier, die zu seiner Inganglsetzung notwendig sind, interessante Streiflichter.

Wie der soeben erschienene Bericht für das Jahr 1908 zeigt, ist der Verbrauch an Schreibmaterialien wieder gewaltig gestiegen. So wurden unter anderem 101,000 Bogen Aktendeckelpapier, 277,000 Bogen gewöhnliches Schreibpapier, 937,064 Bogen gewöhnliches Konzeptpapier und 326,000 Bogen Briefpapier gebraucht. 5060 Gros Stahlfedern, 17,900 Federhalter, 1098 Kilo Bindfaden, 36,800 Bleistifte, sogar 371 Papierscheren und über 3500 Stück Radiergummi wurden den städtischen Verwaltungsstellen geliefert. Dazu kommen 3464 Liter schwarze Tinte, 191 Liter farbige Tinte und 1256 Flaschen Stempelfarbe. An eine runde Million reichte der Verbrauch von unbedruckten Kuverts mit 980,503 Stück heran; an bedruckten Kuverts wurden 329,995 gebraucht.

Einige Posten weisen gegen das Vorjahr einen Rückgang auf; so wurden im Jahre 1908 nur 1961 Bogen Schreibpapier großen Formats gegenüber 2085 Bogen im Jahre 1907 verbraucht. Auch der Konsum an Kuvertpapier ist in diesen beiden Jahren von 20,565 auf 19,865 Bogen, der Konsum an Löschpapier von 110,799 auf 108,774, der Konsum an Packpapier von 57,754 auf 54,842 Bogen gesunken. Zu erwähnen sind ferner der Rückgang von 76¼ Kilo Oblaten im Jahre 1907 auf 73 Kilo im Jahre 1908 und von 595 Gramm Heftleide auf 580 Gramm sowie von 156 Stück Ziehfedern auf 136 Stück.

Was bedeuten aber diese geringen Ersparnisse gegenüber der großen Zunahme, die der Verbrauch an Schreibmaterialien im ganzen erfahren hat! Der Bericht sagt, die Mehrausgabe gegenüber dem Vorjahre sei auf die allgemeine Zunahme der Dienstgeschäfte und auf die Vermehrung des Personals zurückzuführen. Es wäre aber jetzt wirklich an der Zeit, daß der Magistrat an die Vereinfachung des riesigen Schreibapparates herangeht.

Die Ueberführung der Leiche v. Stubenrauchs.

Mit dem fahrplanmäßigen Zuge traf gestern abend um 7 Uhr 58 Minuten die Leiche des Berliner Polizeipräsidenten Ernst v. Stubenrauch auf dem Potsdamer Personenbahnhof ein. Sofort wurde der Wagen, in dem sich die sterblichen Ueberreste v. Stubenrauchs befanden, nach dem Güterbahnhof umrangiert. Dort hatten sich außer dem Bruder des Verstorbenen, Justizrat Richard Stubenrauch, dem sechzehnjährigen Sohn Hugo v. Stubenrauch und mehreren Verwandten ferner der Eisenbahndirektionspräsident Behrendt und einige Regierungsräte von der Eisenbahndirektion eingefunden. Ein Kommando berittener Schutzleute tat den Ehrendienst. Bald nach ½9 Uhr setzte sich der Zug, eskortiert von dem Kommando berittener Schutzleute, in Bewegung. Er nahm seinen Weg den Landwehrkanal entlang über die Potsdamerbrücke durch die Viktoriastraße, die Siegesallee, durch das Brandenburger Tor die Linden herunter, über den Schloßplatz zur alten Garnisonkirche in der Neuen Friedrichstraße, in der die Leiche aufgebahrt wird. Am Mittwoch Vormittag um 11 Uhr wird dort, wie schon bekannt gegeben, eine Trauerfeier für den Entschlafenen stattfinden, worauf die Ueberführung der Leiche nach Genshagen zur Beisetzung erfolgt.

Die Folgen eines Pestfalles,

der sich vor sechs Jahren in Charlottenburg ereignet hat, werden in der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung in Charlottenburg zur Sprache kommen. Wie noch erinnerlich, erkrankte im Juni des Jahres 1903 im Hause Augsburgerstraße 20/21 der praktische Arzt Dr. Milan Sachs an Lungenpest. Er wurde nach der Charité überführt und starb dort. Die Charlottenburger Polizeiverwaltung hat nun die Erstattung der durch den Pestfall entstandenen Kosten im Gesamtbetrage von 2486 Mark von der Stadtverwaltung gefordert. Da die aus Anlaß des Pestfalles in Charlottenburg vorgenommenen Maßnahmen als ortspolizeiliche anzusehen sind, deren Kosten der Stadt zur Last fallen, hat die Stadt vor einiger Zeit die Kosten für Wohnungsdesinfektionen, für Verpflegung isoliert gewesener Personen usw. im Betrage von 450 Mark gezahlt. Zur Zahlung des Restes von 2035 Mark für vernichtete oder durch die Desinfektion unbrauchbar gewordene Sachen hielt sich die Stadt nicht für verpflichtet. Jetzt hat sich die Charlottenburger Polizeidirektion mit dem Magistrat auf einen Vergleich geeinigt. Nach dem Vergleiche will sich die Stadtgemeinde Charlottenburg bereit erklären, der Polizeidirektion für den Postschaffner Leppin, bei dem Dr. Sachs gewohnt hat, für durch die Desinfektion unbrauchbar gewordene Sachen 413 Mark, für den Hauswirt, Baumeister Linke, für Maler- und Tapezierarbeiten 57 Mark, ferner für den Postschaffner Leppin noch für das Aufarbeiten von Kleidungsstücken und Möbeln nach der Desinfektion 353 Mark und für vernichtete Sachen etwa 250 Mark zu bewilligen. Schließlich solle für den Kaufmann Josef Sachs, den Vater des Verstorbenen, für verbrannte Sachen seines Sohnes 180 Mark und für den Fuhrherrn Swade und einige Krankentransporteure, die den Transport des Kranken ausgeführt haben und in der Charité isoliert wurden, 180 Mark bewilligt werden. Zur Auszahlung der durch den Vergleich festgelegten Summe beantragt jetzt der Charlottenburger Magistrat, bei der Stadtverordnetenversammlung die Bewilligung von 1430 Mark.

Einweihung des Apothekerheims.

Sonntag nachmittag wurde das neuerbaute Vereinshaus deutscher Apotheker in der Levetzowstraße 16B eingeweiht. Der Vorsitzende des Vereins deutscher Apotheker, Dr. Salzmann, hob in seiner Eröffnungsrede hervor, daß die deutsche Pharmazie einen schweren Existenzkampf gegen die Konkurrenz der Drogisten und der Fabrikanten von Reklamemitteln zu führen habe. Ein enger Zusammenschluß zur Wahrung der Rechte und Interessen der deutschen Apothekerschaft sei deswegen nötig geworden, und dieser finde seinen vornehmsten Ausdruck in dem stolzen, der pharmazeutischen Wissenschaft wie dem Apothekergewerbe gewidmeten Bau des neuen Vereinshauses.

Hierauf nahm Wirklicher Geheimer Rat Dr. Bumm, der Präsident des Reichsgesundheitsamtes, das Wort. Er erinnerte in seiner Glückwunschrede gegenüber den etwas pessimistisch gehaltenen Ausführungen des Vorsitzenden daran, daß neben dem Apothekerstand heute auch jeder andere seine Plage habe. In solchen Zeiten gehe erfahrungsmäßig Selbsthilfe über Staatshilfe. Geheimer Medizinalrat Froehlich sprach namens der Staatsregierung, Stadtrat Dr. Münsterberg als Vertreter der Stadt Berlin, für das Polizeipräsidium und das Medizinalkollegium sprach Geheimer Medizinalrat, Regierungsrat Dr. Wehmer; namens der Berliner Handelskammer Geheimer Kommerzienrat Jacob. An die Feier schloß sich ein Rundgang durch die Räume des Vereinshauses. Außer dem Deutschen Apothekerverein und der Handelsgesellschaft deutscher Apotheker sind im Vereins hause untergebracht: eine ständige Ausstellung für pharmazeutischen Bedarf, der Berliner Apothekerverein und der Kreditverein deutscher Apotheker Danzig-Langfuhr.

Aus der demokratischen Bewegung.

Die Demokratische Vereinigung, Ortsgruppe Treptow-Baumschulenweg, hält heute abend 9½ Uhr im Restaurant „Zur Bahnhofshalle" Baumschulenstraße 100 ihre Monatsversammlung ab. Die Tagesordnung lautet: 1. Fortsetzung der Aussprache über ein Parteiprogramm. 2. Verschiedenes.

Der Demokratische Verein für Steglitz und Umgegend hält heute Abend 8½ Uhr im Steglitzer Hof, Steglitz, Berlinickestraße 15, seine Monatsversammlung ab. Herr Thiel spricht über „Unsere Stellung zur Bierpreisfrage".

Der Fall Echtermeyer.

In der Betrugsaffäre Echtermeyer und Genossen ist, wie gemeldet, auch der dritte Beschuldigte, der Automobilagent Willi Laufer wegen Beihilfe zu den Manipulationen von Echtermeyer und Genossen in Untersuchungshaft genommen worden. Laufer stammt aus einer Kasseler Beamtenfamilie. Er ist von Beruf Mechaniker, beschäftigt sich jedoch schon seit Jahren mit dem Verkauf von Automobilen und anderen Agenturgeschäften. In Kassel hörte er seinerzeit von dem Bankier Echtermeyer, von dessen kaufmännischen Fähigkeiten und angeblichem Reichtum. Als Echtermeyer in Berlin auftauchte, attachierte sich Laufer ihm. Er wurde bald im Vertrauen auf die kaufmännischen Fähigkeiten Echtermeyers sein williges Werkzeug. Laufer hat dann, wie er behauptet, immer bona fide an der Unterbringung der Obligationen der Gewerkschaften Marianne und Luise gearbeitet. Er will durch Gutachten, die ihm vorgelegt worden sind, und vor allem durch das bestechende Auftreten Echtermeyers von der Bonität der Obligationen überzeugt gewesen sein. Anfang voriger Woche hat sich Laufer in geschäftlichen Angelegenheiten nach Kassel und Düsseldorf begeben. Während seiner Abwesenheit hat er eine Vorladung zur Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter erhalten. Diese Vorladung ist jedoch nach seinen Angaben nicht mehr allein zu genügen vermag. Unter dem Vorsitz des Geheimen Obermedizinalrats Professor Dr. Kirchner fand eine Sitzung des Vorstandes und der Schulkommission des Lokalcomités Groß-Berlin statt. Nach einem Bericht des Stadtverordneten Dr. Ritter wurde beschlossen, möglichst bald an die Errichtung einer zweiten Schulzahnklinik zu gehen und wegen der nötigen Geldmittel weitere Kreise zu interessieren. Insbesondere soll die Stadt um ihre Beihilfe ersucht und ein Wohltätigkeitsfest arrangiert werden.

Ein Eispalast am Bahnhof Friedrichstraße. Schon vor mehreren Wochen berichteten wir von der Gründung einer Baugesellschaft unter der Firma „Baugesellschaft am Bahnhof Friedrichstraße", die den Ankauf und die Verwertung der Grundstücke Admiralsgartenbad und Friedrichstraße 101 und 102 bezweckt. Es sollte auf dem Terrain dieser Grundstücke ein weltstädtisches Etablissement vornehmsten Stils errichtet werden. Es war geplant, an der Front der Friedrichstraße ein elegantes Konzertcafé zu erbauen; außerdem sollten eine Bar, Kabarettsäle und Kluträume vorgesehen werden. Auf dem hinteren Teil des Terrains, der nach der Prinz-Louis-Ferdinandstraße zu liegt, sollte ein Eispalast errichtet werden. Wie jetzt von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, sind die Vorverhandlungen so weit gediehen, daß die Gründung der Aktiengesellschaft, die das Unternehmen betreiben soll, in dieser Woche erfolgen wird. Mit dem Abbruch der in Frage kommenden Grundstücke soll in kürzester Zeit begonnen werden. Man hofft, in einem Jahr den Bau zu vollenden.

Schülerarbeiten auf der Weltausstellung. Im Sophien-Realgymnasium ist seit einiger Zeit unter Leitung des Professors Johannesson ein Handfertigkeitsunterricht für die Primaner und Obersekundaner eingerichtet, die die Absicht haben, sich dem Ingenieurfach zu widmen. Der Handfertigkeitsunterricht soll den Schülern Gelegenheit geben, gewerbliche Gegenstände selbst herzustellen. Auf Wunsch des deutschen Kommissariats für die Brüsseler Weltausstellung werden die besten Gegenstände, die von den Schülern angefertigt sind, als Ausstellungsobjekte nach Brüssel gesandt werden.

Gasexplosion in Schöneberg. Durch den Alarmruf „Menschenleben in Gefahr!" wurden zwei Löschzüge der Schöneberger Feuerwehr gestern mittag nach der Geßlerstraße 4 gerufen. Im Erdgeschoß des Vorderhauses war in den Hinterräumen eines Milchgeschäftes eine heftige Gasexplosion erfolgt. Das Milchgeschäft sollte modern eingerichtet und mit einer neuen Gasleitung versehen werden. Als gestern mittag zwei Personen in einem Hinterzimmer mit dem Anbringen einer Gaskrone beschäftigt waren und die Leitung ableuchteten, entzündete sich ausgeströmtes Gas und explodierte. Fenster und Türen wurden durch den gewaltigen Luftdruck eingedrückt und zertrümmert. Der Kaufmann Ernst Rahmsdorf erlitt bei der Explosion so schwere Brandwunden im Gesicht und an den Händen, daß er von der Feuerwehr nach dem Auguste Viktoria-Krankenhause geschafft werden mußte.

Unter Verdacht des Sittlichkeitsverbrechens. Der 24 Jahre alte Schuhmacher Richard Pelz aus der Triftstraße 4 und die 47 Jahre alte Arbeiterwitwe Sophie Hensel aus dem Nachbarhause Nr. 5 sind wegen Sittlichkeitsverbrechens und schwerer Kuppelei verhaftet worden. Pelz, der ledig ist, arbeitete für sich allein als Besohler seit einem halben Jahre in einem Erdgeschoßladen, an den seine Schlafstube anstößt. Seine Wirtschaft besorgte er selbst. Er war zu kleinen Mädchen, die ihm Schuhe zum Ausbessern brachten, so freundlich, daß er in der Nachbarschaft Verdacht erregte. Viele Eltern schickten deshalb ihre Kinder nicht mehr zu ihm. Eine Ausnahme machte nur Frau Hensel, die Hausreinigerin des Grundstücks Triftstraße 5. Sie besitzt drei Kinder von 13, 11 und 10 Jahren. Das älteste ist ein stark entwickeltes Mädchen, das im nächsten Monat 14 Jahre alt wird und am vergangenen Donnerstag in der Dankeskirche konfirmiert wurde. Den Nachbarn fiel es auf, daß das Mädchen, besonders in den letzten vierzehn Tagen, oft zu Pelz ging und nicht selten stundenlang bei ihm blieb. Ja, es kam vor, daß der Schuhmacher die Kleine bis nach Mitternacht bei sich behielt und sie dann an ihre Haustür geleitete, die Frau Hensel öffnete. Die Nachbarn zeigten die Vorgänge an, und die Kriminalpolizei verhaftete daraufhin zuerst den Schuhmacher aus dem Bett heraus und schloß seinen Laden. Seine Vernehmung und die weiteren Ermittelungen führten dann dahin, daß auch Frau Hensel verhaftet wurde. Pelz gibt zu, ihr für die Duldung des Treibens Geld gegeben zu haben.

Absturz in den Alpen. Am Sonntag ist der 25 Jahre alte Kaufmann W. Pelzeder, Mitinhaber der Firma Kirchstein u. Pelzeder in Friedenau, Albertstraße 18 in Stubei bei Innsbruck abgestürzt. Er war sofort tot. Pelzeder weilte zur Hofer-Zentenarfeier in Tirol, seiner Heimat.

Die eigene Familie bestohlen. Durch den Leichtsinn eines siebzehnjährigen jungen Menschen ist eine Charlottenburger Familie in eine peinliche Lage versetzt worden. Der leichtfertige Jüngling, der 17 Jahre alte Sohn Erich eines Rentners W. aus Charlottenburg, hat seine Familie um Wert- und Schmucksachen im Betrage von 10,000 Mark bestohlen. Erich W. hat seinen Beruf und verkehrt trotz seiner Jugend schon mit leichtsinnigen Mädchen. Am letzten Freitag war sein Vater verreist, um ein Grundstück zu verkaufen, während seine Mutter bei Verwandten weilte. Als Herr W. am Sonnabend zurückkehrte, fand er auf dem Schreibtisch einen Zettel, auf dem sein Sohn Erich ihm mitteilte, er habe nach außerhalb fahren müssen, um einen Grundstücksverkäufer zu einem Geschäftsabschluß zu besuchen. Da Erich dazu keinerlei Auftrag hatte, schöpfte Herr W. Verdacht. Er entdeckte, daß für 1000 Mark Wert- und Schmucksachen verschwunden waren, darunter Silberzeug, Armbänder und Ringe mit Brillanten, ferner Hochzeitsgeschenke seiner Tochter, die vor vier Wochen heiratete und sich noch auf der Hochzeitsreise befindet. Der Kriminalpolizei wurde Anzeige erstattet. Mit Erich ist sein gleichalteriger Vetter Siegbert W. verschwunden.

300 Mark Belohnung. Ende voriger Woche wurde in der Leipzigerstraße nachts eine ganze Reihe von Schaufensterscheiben vom Dönhoffplatz bis zur Friedrichstraße durch Einritzen mit einem scharfen Gegenstand von Vandalen beschädigt. Die Scheiben tragen lange hintereinanderlaufende Risse. Außerdem sind besonders noch zwei große Schaufenster und zwei Schilder am Lützowplatz in der Nacht vom 21. zum 22. August auf gleiche Weise beschädigt. Die beteiligten Firmen haben jetzt eine Belohnung ausgesetzt für denjenigen, der den oder die Täter so nachweist, daß sie zur Bestrafung herangezogen werden können.